
Stenographisches Protokoll

31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 29. Mai 1991

Stenographisches Protokoll

31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 29. Mai 1991

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 2954)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 2954)

Unvereinbarkeitsangelegenheiten

Fünfter Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses
(S. 2954)

Eingebracht wurden

Petition (S. 2954)

Petition betreffend die Auflösung von Gendarmerieposten in der Steiermark (Ordnungsnummer 18) (überreicht durch den Abgeordneten Burgstaller) — Zuweisung (S. 2954)

Bürgerinitiative (S. 2954)

Bürgerinitiative betreffend die Novellierung des Krankenpflegegesetzes und des Krankenanstaltengesetzes zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Ordnungsnummer 18) — Zuweisung (S. 2954)

Regierungsvorlagen (S. 2954 f.)

123: Übereinkommen über eine Beihilfendisziplin auf dem Stahlsektor samt Anhängen A und B sowie Note

158: Bundesgesetz, mit dem die Bundesbetreuung von Asylwerbern geregelt wird

159: Bundesgesetz, mit dem die Anlage zum Fernmeldegebührengesetz geändert wird

Bericht (S. 2955)

vom Rechnungshof

III-32: Bericht über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungüberprüfung hinsichtlich der Verwendung der der „Volkshilfe“ zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel des Bundes

Beginn der Sitzung: 18 Uhr 21 Minuten

Vorsitzender: Zweiter Präsident Dr. Lichal.

Präsident Dr. Lichal: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 29. Sitzung vom 28. und 29. Mai 1991 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Verhindert sind die Abgeordneten Kerschbaum, Hums, Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Pawkowicz, Ing. Karl Dittrich, Dr. Lanner, Dr. Taus, Mag. Kukacka und Mag. Haupt.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Dr. Lichal: Ich teile mit, daß der Fünfte Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt wurde.

Dem Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitiativen wurden folgende Gegenstände zugewiesen:

Petition Nummer 18 betreffend die Auflösung von Gendarmerieposten in der Steiermark, überreicht vom Abgeordneten Burgstaller, sowie die

Bürgerinitiative Nummer 18 betreffend die Novellierung des Krankenpflegegesetzes und des Krankenanstaltengesetzes zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Gesundheitsausschuß:

Antrag 164/A (E) der Abgeordneten Mag. Schweitzer und Genossen betreffend Fachverband für Schulsport;

dem Ausschuß für Arbeit und Soziales:

Antrag 165/A (E) der Abgeordneten Alois Huber und Genossen betreffend Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz für Nebenerwerbsbauern;

dem Handelsausschuß:

Antrag 166/A der Abgeordneten Mag. Karin Praxmarer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung und das Berufsberechtigungsgesetz geändert werden,

Antrag 167/A der Abgeordneten Eleonora Hostasch und Genossen betreffend ein Bundesge-

setz, mit dem das Öffnungszeitengesetz geändert wird;

dem Verkehrsausschuß:

Antrag 168/A (E) der Abgeordneten Alois Huber und Genossen betreffend Novellierung des Eisenbahngesetzes zur Sicherstellung moderner Lärmschutzstandards bei Planung und Betrieb von Eisenbahnanlagen.

Ferner sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem die Bundesbetreuung von Asylwerbern geregelt wird (158 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Anlage zum Fernmeldegebührengesetz geändert wird (159 der Beilagen).

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Familienausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz geändert wird (126 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Ausschreibungsgesetz, das ÖBB-Ausschreibungsgesetz und das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert werden (127 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz sowie weitere Gesetze geändert werden (128 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz sowie weitere Gesetze geändert werden (129 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden (130 der Beilagen),

Auslandseinsatzzulagengesetz (131 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz geändert wird (133 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz geändert wird (134 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Viehwirtschaftsgesetz geändert wird (135 der Beilagen),

Präsident Dr. Lichal

Bundesgesetz, mit dem das Qualitätsklassengesetz geändert wird (138 der Beilagen);

dem Finanzausschuß:

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität (139 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Präferenz Zollgesetz neuerlich geändert wird (145 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über vorläufige Zollmaßnahmen im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen des GATT verlängert wird (146 der Beilagen);

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, das Bundesverfassungsgesetz betreffend Übergangsbestimmungen zur Zweiten Bundes-Verfassungsnovelle und das Behörden-Überleitungsgesetz geändert werden und das Bundesverfassungsgesetz, womit auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung Bestimmungen getroffen werden, aufgehoben wird (140 der Beilagen),

Sicherheitspolizeigesetz (148 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert wird (157 der Beilagen).

Weitere eingelangte Vorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Handelsausschuß:

Übereinkommen über eine Beihilfendisziplin auf dem Stahlsektor samt Anhängen A und B sowie Note (123 der Beilagen);

dem Rechnungshofausschuß:

Bericht des Rechnungshofes über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung hinsichtlich der Verwendung der der „Volkshilfe“ zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel des Bundes (III-32 der Beilagen).

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 19. Juni 1991, in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Ich wünsche einen schönen Feiertag.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 27 Minuten